

Wahlkampf ohne Flüchtlinge?

MAINZ (lex). Evangelische Kirche sowie verschiedene Verbände und Organisationen, darunter Handwerkskammer und Unternehmerverband, machen sich Sorgen, dass das Thema Flüchtlinge im rheinland-pfälzischen Wahlkampf missbraucht werden könnte. In einer beispiellosen Erklärung fordern sie die Parteien im Land auf, im Wahlkampf sensibel mit dem Thema umzugehen, auf „Pauschalzuschreibungen und Verkürzungen“ zu verzichten und keine Ängste zu schüren. Die katholische Kirche hat nicht unterzeichnet – sie befürchtet ein „Denk- und Redeverbot“.

► RHEINLAND-PFALZ

„Keine Ängste schüren“

FLÜCHTLINGE Parteien sollen Thema Migration im Wahlkampf sensibel angehen

Von Alexandra Eisen

MAINZ. Evangelischen Kirchen und verschiedenen Organisationen und Verbänden im Land befürchten, dass das Thema Flüchtlinge im rheinland-pfälzischen Wahlkampf missbraucht werden könnte, um auf Kosten der Menschen für negative Stimmung zu sorgen. Deshalb fordern sie die Parteien acht Monate vor der Landtagswahl auf, sensibel mit dem Thema umzugehen und haben die Erklärung „Flucht und Migration nicht instrumentalisieren“ unterzeichnet.

Es gab in den vergangenen Monaten offensichtlich eine Menge Themen, die die Unterzeichner in Alarmstimmung versetzt haben: Die Diskussion um die Abschiebungs- und Rückführungspolitik des Landes, um „echte“ Flüchtlinge aus Kriegsgebieten und „Wirtschaftsflüchtlinge“ aus dem Westbalkan, um gewaltbereite Islamisten oder die Forderung nach einem Verbot der Vollverschleierung. Themen, die nach Einschätzung der Unterzeichner dazu geeignet sind, „diffuse Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung zu schüren“ sowie „Ressentiments und die Diskriminierung von gesellschaftlichen Minderheiten zu fördern“.

Ohne katholische Kirche

„Gesellschaftliche Vorurteilsdebatten gibt es in allen Parteien“, sagt Roland Graßhoff, Geschäftsführer des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz und einer der Unterzeichner mit Blick auf die Adressaten SPD, Grüne, CDU, FDP und Linke. Gleichwohl wird in einigen Passagen

BALD MEHR FLÜCHTLINGE?

► Prognosen gehen derzeit von **400 000 Flüchtlingen** aus, die 2015 nach Deutschland kommen. Das könnte sich bald ändern – aktuell kursiert die Zahl **550 000**.

► Rheinland-Pfalz müsste dann etwa **26 000** statt **20 000** Flüchtlinge aufnehmen. Derzeit kommen **200** am Tag an.

► Um die Erstaufnahme zu bewältigen, wurden jetzt eine **Turnhalle** und eine **ehemalige Schule** in Trier umfunktioniert sowie **Zelte** aufgestellt (Flugplatz Birburg/Ingelheim).

► Im Juni kamen die meisten

Flüchtlinge aus **Syrien, Albanien, Serbien und Afghanistan**.



Wieder im Einsatz: Zelte für Flüchtlinge. Archivfoto:dpa

der Stellungnahmen deutlich, dass die Unterzeichner gerade die in jüngster Zeit von der CDU angestoßenen Debatten kritisch sehen.

Es ist ein bemerkenswerter Zusammenschluss, der am Dienstag in Mainz die Erklärung präsentiert. Neben der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie im Rheinland sind dies die Landesvereinigung der Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, (LVU), die Handwerkskammern, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Rheinland-Pfalz/Saarland sowie die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Liga) und die Migrationsorganisationen Arbeitskreis Asyl, Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik und die Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration (Agap).

Die Unterzeichner fordern von der Politik, statt zu polarisieren konkrete Konzepte zu erarbeiten, um die zunehmenden Flüchtlingszahlen bewältigen zu können und die Migration

auch als Chance wahrzunehmen – Stichwort demografische Entwicklung und Fachkräftemangel. Mehr Geld für die professionelle Unterstützung von Flüchtlingen, mehr sozialer Wohnungsbau, eine Bleiberechtsperspektive für Flüchtlinge in Ausbildung, den Ausbau der Sprachförderung sowie ein Einwanderungsgesetz sind weitere Forderungen.

Auffällig ist, dass die katholische Kirche nicht zu den Unterzeichnern gehört. Man sei auch der Auffassung, dass die Themen Flucht und Einwanderung „nicht polarisierend“ als Wahlkampfthema genutzt werden sollen“, so der Leiter des katholischen Büros in Mainz, Dieter Skala. Für die katholische Kirche sei dies jedoch gewährleistet, nachdem alle Landtagsfraktionen jüngst eine gemeinsame Resolution gegen Rassismus und Fremdenhass unterzeichnet hatten. Die katholische Kirche warnt vor „Denk- und Redeverboten“ und fordert eine offene Debatte über alle Aspekte.